

Antragsbereich B / Antrag 19/II/2022

AntragstellerInnen: Jusos München

Empfänger: Unterbezirksparteitag

Stadtratsfraktion

19/II/2022: Holt euch was euch zusteht

- 1 1. Die Stadt München startet eine umfangreiche und öffentlichkeitswirksame
2 Kampagne, welche finanziellen Unterstützungen die Stadt für wirtschaftlich
3 benachteiligte Personen in München zur Verfügung stellt. Diese Kampagne
4 soll eine höhere Abrufung finanzieller Unterstützung zum Ziel haben.
- 5 2. Die Stadtverwaltung setzt eine verhaltenspsychologische Studie auf, die her-
6 ausarbeiten soll, wo aus Sicht der Betroffenen in der Stadt München zu hohe
7 Hürden im Sozialsystem sind. Dabei sollen konkrete Maßnahmen gezeigt wer-
8 den wie soziale Hilfesysteme entbürokratisiert werden können und möglichst
9 einfache Entscheidungswege (Entscheidungsarchitektur) geschaffen werden.
10 Dies kann auch aus simplen Lösungen wie dem Abbau von Formularen und
11 dem Bündeln von Hilfsangeboten bestehen. Ziel ist es die Abrufungsquote fi-
12 nanzieller Unterstützung zu erhöhen.

13

14 Begründung

15 Soziale Absicherungsmöglichkeiten in Deutschland haben häufig den Ruf, nur
16 relevant für Menschen zu sein, die keine Erwerbstätigkeit haben oder stark
17 armutsgefährdet sind. Dabei sind finanzielle Hilfeleistungen mit einem Stigma
18 besetzt. Dies führt dazu, dass viele

19

20 Unterstützungsprogramme nicht abgerufen werden, obwohl Menschen ein
21 Recht darauf haben.

22

23 Wie vielfältig Absicherungsmöglichkeiten im deutschen Sozialstaat sind, ist
24 vielen Bürger*innen nicht bewusst. Oft ist es auch undurchsichtig, welche Lei-
25 stungen einem in der individuellen Lage zustehen und an welche Stellen jemand
26 sich wenden kann. Dass sich auch junge Menschen hier schnell verloren fühlen,
27 erkennt man zum Beispiel daran, dass eher wenige junge Menschen, die einen
28 Anspruch auf Bildung & Teilhabe, BAföG oder Wohngeld haben, diesen auch
29 geltend machen. Ein weiterer Grund für dieses Phänomen ist die zerstückelte
30 Angebotslandschaft und die wahrgenommene Verantwortungsdiffusion auf
31 Seiten der Ämter, sobald diese mit den Lebensrealitäten einzelner Bürger*innen
32 konfrontiert werden. Oft erscheinen Anträge deshalb kompliziert. Es muss
33 den Menschen aber leicht gemacht werden, an Hilfeleistungen jeglicher Art
34 heranzukommen und überhaupt erst von diesen zu erfahren. Die staatlichen

35 Institutionen haben eine Verantwortung gegenüber den Bürger*innen, ihnen
36 den Zugang zu den ihnen zustehenden Dienstleistungen so einfach wie möglich
37 zu machen. Häufig sorgt eine schwierige Lebenssituation für vielschichtige Pro-
38 bleme in Bezug auf den Beruf, die psychische Gesundheit, die soziale Anbindung
39 und nicht zuletzt auf das Gefühl der Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft, in
40 der Armut oft mit persönlichem Versagen gleichgesetzt wird. Viele Menschen,
41 die oft abfällig als „abgehängt“ bezeichnet werden „verzichten“ also häufig auf
42 Dinge, auf die sie ein Recht haben. Die Stadt hat eine Verantwortung diese Mittel
43 auf eine Art und Weise anzubieten, dass sie bei den Menschen ankommen. Sie
44 müssen erleben, dass die Stadt sie unterschützt, wenn es mal eng wird.

45

46 Hilflosigkeit resultiert aus Ratlosigkeit. Wir fordern deshalb umfangreiche Auf-
47 klärung darüber, wohin man sich bei Problemen wenden kann, für die der Sozi-
48 alstaat Unterstützung anbietet. Wir fordern eine entbürokratisierte Organisati-
49 on von Bürgerbüros, Stadtteiltreffs, Büchereien, Jobcenter, Sozialreferate und Bil-
50 dungszentren, mit dem Ziel für alle Bürger*innen einfacheren Zugang zu Hilfen zu
51 organisieren. Dazu soll es Kampagnen geben, die alle Bürger*innen mit Plakaten,
52 mit Socialmedia sowie mit Aufklärung in den Schulen, Universitäten und Ausbil-
53 dungsstätten erreichen. Der Sozialstaat muss für die Bürger*innen nahbarer wer-
54 den und die Sicherheit bieten, die ihnen zusteht.